

Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Fon: 030 / 678 17 75 73

Fax: 030 / 678 17 75 80

bricke@klima-allianz.de

www.klima-allianz.de

www.kohle-protest.de

Die Klima-Allianz - Marienstr. 19-20 - 10117 Berlin

«Adresse»

Berlin, 23.06.2010

Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen durchsetzen!

«Anrede»

anlässlich der bevorstehenden Ausarbeitung des Koalitionsvertrags zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern die Klima-Allianz und Greenpeace Sie auf, ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Klimaschutzziele für Nordrhein-Westfalen festzuschreiben und den Neubau von Stein- und Braunkohlekraftwerken zu unterbinden. Stellen Sie das von der Vorgängerregierung eingeleitete Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan NRW ein und richten Sie einen neuen Landesentwicklungsplan an den Zielen des Klimaschutzgesetzes aus!

Die Klimawissenschaft ist sich einig, dass eine Erderwärmung um mehr als 2 Grad Celsius weltweite, kaum beherrschbare und unumkehrbare Folgen für Natur und Menschheit hätte. In der internationalen Staatengemeinschaft ist infolgedessen Konsens, dass die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Die Bundesregierung und die Europäische Union verhandeln im Rahmen der Vereinten Nationen über ein Abkommen, um dieses Ziel zu erreichen. Kein Land kann das globale Klimaproblem allein lösen. Daher gibt es zu verbindlichen internationalen Verträgen keine Alternative.

Bundesregierung und EU vertreten die Position, dass die Industrieländer ihren nationalen Ausstoß an Klimagasen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 senken müssen. Dies ist erforderlich, um die katastrophalsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Doch gehandelt werden muss „vor Ort“ und auf allen staatlichen Ebenen. Nordrhein-Westfalen verursacht als bevölkerungsreichstes Bundesland mit einer historisch gewachsenen Industriestruktur nach wie vor die höchsten CO₂-Emissionen aller Bundesländer. An Rhein, Ruhr und Lippe wird es sich daher entscheiden, ob Deutschland seine Klimaschutzziele erreicht.

Die neue Landesregierung ist daher gefordert, umgehend ein Landesklimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen, das die Reduktion der Treibhausgasemissionen in NRW bis 2050 um 95% (gegenüber dem Basisjahr 1990) verbindlich festschreibt. Diese Ziele müssen insbesondere durch Maßnahmen der Einsparung von Primär- und Endenergie, die Steigerung der Energieeffizienz, die Umstellung der Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien sowie die Reduktion der nicht-energiebedingter Treibhausgasemissionen erreicht werden. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen fordern wir die neue Landesregierung auf, im Koalitionsvertrag festzuhalten, dass bis spätestens Mitte 2011 ein Klimaschutzplan für NRW vorgelegt wird, der verbindliche Zwischenziele in Fünf-Jahres-Abständen bis 2050 vorgibt.

Statt dem Klimawandel entgegenzuwirken hat die am 9. Mai 2010 abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres eine Änderung des Energiekapitels im Landesentwicklungsplan auf den Weg gebracht. Diese wird den Anforderungen an eine umwelt- und klimaverträgliche Energieplanung in keiner Weise gerecht.

Der LEP-Entwurf verschweigt, dass es bisher so gut wie keine verbindlich vereinbarten Kraftwerksabschaltungen gibt. Trotz offenbar geführter Gespräche mit der bisherigen Landesregierung wollen sich die Energieversorger nicht zu Abschaltungen in nennenswertem Umfang verpflichten lassen. Gleichzeitig sollen Ansätze des bisherigen Landesentwicklungsplans gestrichen werden, die eine Steigerung der Energieeffizienz, den Vorrang der Erneuerbaren Energien sowie die stärkere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung vorsehen.

Die Klima-Allianz und Greenpeace schlagen vor, die Landesraumordnung künftig am Ziel des Klimaschutzgesetzes und den Zwischenzielen des Klimaschutzplans auszurichten. Insbesondere die erforderlichen Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen gesichert und Festlegungen für eine effiziente und klimaverträgliche Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden. Für NRW muss außerdem eine abschließende Liste von Standorten für Großkraftwerke raumordnerisch festgelegt werden, um damit einerseits einen Teil der vorhandenen Standorte zu sichern und zugleich den Bau zusätzlicher Braun- und Steinkohlekraftwerke auszuschließen.

Klimaschutz in Deutschland kann nur gelingen, wenn mit der energetischen Modernisierung von Energieerzeugung, Wirtschaft und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen unverzüglich und entschlossen begonnen wird. Wir fordern Sie auf:

Ergreifen Sie die Chance, und halten Sie diese Ziele im Koalitionsvertrag fest.

Mit freundlichen Grüßen



Paul Kröfges
Landesvorsitzender
BUND NRW

Mitglied der Klima-Allianz



Rainer Baake
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe

Mitglied der Klima-Allianz



Josef Tumbrinck
Vorstandsvorsitzender
NABU NRW

Mitglied der Klima-Allianz



Klaus Breyer

Klaus Breyer
Leiter des Instituts für Kirche
und Gesellschaft
Evangelische Kirche von
Westfalen

Mitglied der Klima-Allianz



Tobias Münchmeyer

Tobias Münchmeyer
Stellv. Leiter der Politischen
Vertretung in Berlin
Greenpeace



Prof. Josef Seyer

Prof. Josef Seyer
Hauptgeschäftsführer
Misereor

Mitglied der Klima-Allianz



Christoph Bautz

Christoph Bautz
Geschäftsführer
Campact

Mitglied der Klima-Allianz



Klaus Milke

Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender von
Germanwatch

Mitglied der Klima-Allianz



Jürgen Maier

Jürgen Maier
Geschäftsführer
Forum Umwelt und Entwicklung

Mitglied der Klima-Allianz



D. Ludewig

Damian Ludewig
Geschäftsführer
Forum Ökologisch-Soziale
Marktwirtschaft

Mitglied der Klima-Allianz